



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 5. Dezember 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

P 353 Postulat Meyer Jörg und Mit. über die Einleitung eines breiten politischen Prozesses für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Jörg Meyer hält an seinem Postulat fest.

Jörg Meyer: Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung meines Postulats wegen Erfüllung. Ich habe aber den Eindruck, dass die Regierung mein Ansinnen gar nicht verstanden hat. In einer Erklärung diesen Herbst hat der Regierungspräsident aufgezeigt, dass viele der Finanzmassnahmen entweder nicht sozial, nicht mehrheitsfähig oder nicht nachhaltig sind. Er appellierte eindringlich an die Kompromissfähigkeit der Parteien. Die damaligen und seitherigen Diskussionen stimmen mich weiterhin sehr nachdenklich. Nicht nur die Finanzen liegen in diesem Kanton im Argen. Unsere politischen Prozesse sind geprägt von einer Blockade. Irgendwann werden wir nach allen erfolgten Abbaupaketen in der Höhe von mittlerweile rund einer halben Milliarde Franken an einem neuen Tiefpunkt staatlicher Leistungen anlangen. Der Kanton Luzern steckt in einer Finanzkrise, die meiner Meinung nach zu einer Vertrauenskrise angewachsen ist. Wenn fast 70 Prozent der Bevölkerung in einer Umfrage erklären, dass sie die Steuerstrategie und die Finanzpolitik ablehnen und das Vertrauen fehlt, kann man nicht einfach weitermachen wie bisher. Die finanzielle Gesundung wird trotz aller Durchhalteparolen schwerlich funktionieren. Es wird eine ZerreiSSprobe für unseren Kanton, bei der letztlich alle nur verlieren können. Eine solche Situation erfordert ausserordentliche Massnahmen, sonst kommt es kaum zu einer Wende. Mit Einzelmassnahmen, die alle im politischen Hickhack von der einen oder der anderen Seite zerrissen werden, kommen wir nicht weiter. Natürlich haben alle Wirtschafts- und Personalverbände sowie weitere Kreise ihre Interessenkonflikte. Gerade deshalb braucht es neue Prozesse, um die Bedürfnisse aller abzudecken. Eine Teilnahme an einem solchen Prozess darf aber für niemanden schon jetzt an dogmatische Vorbedingungen geknüpft werden. Es braucht Partner, die bereit sind, einander zuzuhören und auch eine andere Position zu verstehen. Alle relevanten Kräfte sollen ihre Sicht einbringen können, sie müssen sich aber auch zu einer konstruktiven Mitarbeit verpflichten und den Prozess mittragen. Kurt Bieder hat diesen Frühling in der „Luzerner Zeitung“ einen spannenden Weg aufgezeigt. Ich bitte Sie, unser Postulat erheblich zu erklären.

Guido Roos: Mit der Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2018–2021 und dem Budget 2018 haben wir den diesjährigen AFP-Prozess abgeschlossen. In gut zehn Monaten, im Oktober 2018, wird unser Rat über den AFP 2019–2022 und das Budget 2019 befinden. Für die Regierung, insbesondere für das Finanzdepartement, beginnt somit morgen der verkürzte Prozess für die Erarbeitung des nächsten AFP. Im AFP 2018–2021 sind ab dem Jahr 2019 finanzielle Lücken enthalten. Das ist eine Herausforderung. Die Regierung wird deshalb unserer Meinung nach entsprechend gefordert. Die CVP will, dass die Regierung

beziehungsweise das Finanzdepartement den Prozess zur Erarbeitung des nächsten AFP richtig macht. Wir wollen keinen Parallelprozess, und wir wollen keine technisch perfekte Lösung, sondern einen AFP, der eine politisch breite Akzeptanz findet. Der AFP soll korrekte Darstellungen und realistische Prognosen beinhalten und gemeinsam mit den wichtigsten Akteuren erarbeitet werden, damit er mehrheitsfähig wird. Wie es der Postulant fordert, braucht es den rechtzeitigen Einbezug der wichtigsten Akteure. Dabei denken wir insbesondere an die Wirtschaft beziehungsweise den Gewerbeverband, die Gemeinden beziehungsweise den VLG, die Personalverbände und die Parteien. Mit diesem Einbezug und dem entsprechenden politischen Gespür wird es möglich sein, bei den offenen Finanzfragen breit abgestützte Lösungen zu erarbeiten und so die politischen Mehrheiten zu schaffen. Die CVP lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Monique Frey: Der Regierungsrat versucht zwar immer wieder, das Gegenteil zu behaupten, aber die Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit mit den unzähligen Abbaumassnahmen hat unserem Kanton nachhaltig geschadet. Dieses Vorgehen ist schweizweit einzigartig. Die Finanzpolitik muss durch unseren Rat abgesegnet werden, nachdem die Kommissionen darüber diskutiert haben. Die Vorlagen werden aber durch den Regierungsrat erarbeitet. Genau auf diese Vorlagen zielt das Postulat. Bereits bei der Erarbeitung müssen mehr Vertreterinnen und Vertreter aus zusätzlichen Kreisen in den politischen Prozess mit einbezogen werden. Die Abstimmung im Mai dieses Jahres hat gezeigt, dass die Mehrheit des Parlaments nicht die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler vertritt. Sowohl die Steuererhöhung als auch die Einsparungen bei den Musikschulen wurden abgelehnt. Der Regierungsrat soll bis zu den Neuwahlen einen breit abgestützten politischen Prozess für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik einleiten. Die Grüne Fraktion erklärt das Postulat erheblich.

Urs Brücker: Wieder einmal wird, ich zitiere, „die Einleitung eines breitabgestützten politischen Prozesses für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik“ gefordert. Endlich sollen unter Einbezug aller Parteien, Personal- und Wirtschaftsverbände, Gemeinden und weiteren relevanten Anspruchsgruppen mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden. Genau das machen wir ja schon seit Jahren mit Leistungen und Strukturen I, Leistungen und Strukturen II und dem Konsolidierungsprogramm 2017 (KP17). Wir sind noch nicht einmal fertig damit, und schon soll es wieder auf Feld eins zurückgehen. Zudem steht ja auch das Projekt AFR18 an, welches die Aufgaben und deren Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden überprüft und möglicherweise neu strukturiert. Damit wird ein ganz grundlegender Teil der künftigen Finanzpolitik des Kantons wesentlich mitbestimmt werden. Noch etwas zum hehren Anspruch der „Mehrheitsfähigkeit“: Auch Minderheitslösungen unseres Rates können in der Volksabstimmung zu Mehrheitslösungen werden. Das haben wir ja letzten Mai wieder einmal erlebt. Bei Lösungen, die der Volksabstimmung unterliegen, wissen wir immer erst im Nachhinein, ob sie mehrheitsfähig waren. Diese Tatsache werden wir auch mit einem neuen, breit abgestützten politischen Prozess nicht ändern können. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab, dies nicht unbedingt wegen Erfüllung, sondern weil wir mitten im Prozess stecken.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Auch wir waren Teil der Spezialkommission des Kantonsrates (KLS) und konnten den Prozess lange genug verfolgen. Es ist ein hehres Ziel, an einen konstruktiven Prozess zu glauben. Von den Verbänden ist mit wenigen Ausnahmen auch wenig gekommen. Es wurde viel diskutiert, aber gebracht hat es wenig. Man kann nicht sagen, dass der KLS-Prozess besser war als der KP17-Prozess. Der Erfolg eines Sparpakets oder einer Reform hängt von der Bereitschaft aller Beteiligten ab. Es braucht Personen, die Entscheide fällen können und bei denen ein Wort auch ein Wort ist. An einem solchen Prozess sollten sich in der Regel aber auch nicht zu viele Personen beteiligen. Es bringt nichts, eine Krise herbeizureden, die gar keine ist. Wenn die Regierung ein Geschäft bei einer Volksabstimmung verliert, sprechen wir auch nicht von einer Regierungskrise, im Gegenteil. Unser System ist so aufgebaut, dass das Volk das Korrektiv darstellt und eine Abstimmung jederzeit verloren gehen kann und der Kurs entsprechend geändert wird. Mehrheitsfähige Lösungen hat es immer gegeben, so wie

heute bei der Beratung des Budgets und des AFP.

Philipp Bucher: Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab. Nicht weil wir gegen politisch breit abgestützte Prozesse sind, sondern weil das Postulat aus unserer Sicht bereits erfüllt ist. Das hat auch die Regierung in ihrer Stellungnahme festgestellt. Das Postulat ist erfüllt, weil im Rahmen der Dulliker-Gespräche jeweils die finanzpolitische Auslegeordnung gemacht wird und diese Gespräche eine lange Tradition haben. An diesen Gesprächen mit der Regierung sind vor allem alle im Kantonsrat vertretenen Parteien und Fraktionen mit ihren Präsidien beteiligt. Daher ist das Anliegen des Postulanten nach einem breit abgestützten politischen Prozess bereits erfüllt. Alle sechs Fraktionen können sich einbringen und über die von der Regierung präsentierten Ideen diskutieren. Die vernünftigen Kräfte sind in den Prozess eingebunden. Es geht darum, konstruktive Lösungen zu finden.

Michael Töngi: Beim KP17 gab es einen kurzen Versuch, den partizipativen Prozess zu verändern. An einer ersten Sitzung wurden Ideen gesammelt, an einer zweiten Sitzung wurde darüber abgestimmt. Damit hatte es sich aber auch schon. Um einen neuen Weg zu beschreiten, braucht es intensivere Diskussionen. Das wird auch durch die Art und Weise bestätigt, wie im Mai 2017 die Abstimmung über die Steuererhöhung verloren ging. Damals hat jeder die heisse Kartoffel dem anderen weitergereicht, und so ist es kein Wunder, dass die Abstimmung verloren ging.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Bei den KP17-Prozessen waren viele Personen involviert. Da wir pro Jahr ein Budget erstellen, sind die zeitlichen Verhältnisse sehr eng. Nur schon die Terminkoordination mit allen Beteiligten erweist sich als schwierig. Wir müssen bereit sein, über die Jahre 4, 3 und 2 zu diskutieren und Leitplanken zu setzen, so wie es beim AFP der Fall war. Es ist einfach, neue Vorgehensweisen zu fordern, ohne selber konkrete Ideen zu bringen. Auch das Zitat von Kurt Bieder bringt uns dabei nicht weiter. Ich nehme aber gerne vom Postulanten und seiner Fraktionschefin bei einem persönlichen Gespräch konkrete Ideen entgegen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 76 zu 19 Stimmen ab.